

# Danziger Zeitung.

Nr 15691.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Petterhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslands angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Fräser kosten für die Zeitzeile oder deren Raum 20 M. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.



# Beitung.

1886.

## Telegramme der Danziger Ztg.

London, 10. Febr., Nachmittags. (W. T.) Von Greenwich und von Deptford aus haben sich starke Volksmassen auf London in Bewegung gesetzt, welche auf dem Wege vielfache Beschädigungen an Eigentum anrichten. In den südöstlichen Vorstädten Londons herrscht eine starke Erregung.

London, 10. Febr., Abends. (W. T.) Um weiteren Ruhestörungen vorzubürgen, sind starke Polizeikräfte angeboten, auch ist für alle Fälle Cavallerie bereit gehalten. In Deptford finden starke Ansammlungen statt. Die Brücken werden indefer vor zahlreichen Polizeimannschaften besetzt gehalten, um zu verhindern, dass die Menschen nach London hineingelangen. Der Umstand, dass den ganzen Tag über in allen Theilen Londons dichter Nebel herrscht, lässt die Situation unruhiger erscheinen, als sie unter anderen Umständen wohl aufgesetzt werden würde. Es heißt, dass heute Abend gegen mehrere Socialistenführer Haftbefehle erlassen seien.

London, 10. Febr. Bis Abends 10 Uhr sind in keinem Theile Londons nennenswerte Ruhestörungen vorgekommen. Die Volksansammlungen in Deptford und an anderen Orten sind von der Polizei ohne Schwierigkeit zerstreut worden.

London, 11. Febr. (W. T.) Die vergangene Nacht ist ohne die mindeste Ruhestörung verlaufen. Obwohl die Regierung endgültig beschlossen hat, mehrere Socialistenführer wegen Aufwiegelung zur Plünderei anzuklagen, ist deren Verhaftung noch nicht erfolgt.

## Politische Übersicht.

Danzig, 11. Februar.

### Die grosse Währungs-Debatte im Reichstage

ist auch gestern noch nicht zum Abschluss gelangt. Das Resultat derselben wird indessen unzweifelhaft die Annahme der "Luftblase", wie Herr Bamberger sich treffend ausdrückt, der Resolution v. Quenne sein, die ja den großen Vorzug hat, dass sie auch denjenigen die Zustimmung ermöglicht, welche an sich durchaus keine Freunde der Doppelwährung sind. Von dem Centrum werden eine Reihe von Mitgliedern, die im Uebrigen für die Goldwährung eintreten, der Resolution ihre Stimme geben, die ja, wenn man sich an den Wortlaut hält, lediglich eine eingehende Prüfung der Frage verlangt. Daß die entschiedenen Bimetallisten, wie von Schalcha, v. Kardorff u. s. w. sich nach all den Anklagungen der letzten Monate mit der weiten Salbe dieses Antrags begnügen, ist ein erfreulicher Beweis von Bescheidenheit. Selbstverständlich werden dieselben Herren, welche jetzt nur eine erneute Prüfung der Währungsfrage verlangen, nachher, wenn der Reichstag die Resolution angenommen hat, ein großes Triumphgeschrei erheben und gerade wie auf der Kölner General-Verfaßung der Delegaten deutscher Industrieller ihre Niederlage der Welt als einen großen Sieg verkünden.

Indes ist dafür gesorgt, dass die bimetallistischen Blaume nicht in den Himmel wachsen. Daß Herr v. Kardorff mit der Erzählung, die Erklärung des Finanzministers v. Scholz im preußischen Abgeordnetenhaus enthalte nur eine Blüthenlese aus den Reden des Abg. Bamberger, einen Heiterkeitsfolg erzielt, ändert an der Sache nichts. Für Herrn v. Scholz ist es hoffentlich keine Demütigung, wenn behauptet wird, dass er in der Währungsfrage mit einem freisinnigen Abgeordneten übereinstimme, dessen Sachkenntnis auch von den Gegnern anerkannt wird. Herr v. Kardorff wird sicher nicht die Genugthuung, dass ein preußischer Finanzminister aus seinem Gerede über die Währungsfrage Bechränkung schöpfe, erleben. Die vorgetragte Erklärung des Staatssekretärs v. Burchard macht zwar, wenn man sie gebracht liest, einen ziemlich zweifelhaften Eindruck. Im Hause aber hat man in der Art des Vortrages und in der Schärfe der Betonung eine entschiedene Zurückweisung der bimetallistischen Phantasten erkannt.

Die Hoffnung der Bimetallisten beruht ausschließlich bei dem Herrn Reichskanzler. Staatssekretär v. Burchard hat aber im Voraus erklärt, dass falls die Resolution angenommen würde, der Reichskanzler dieselbe den verbündeten Regierungen zur Kenntnis bringen würde. Dieselbe wird also in erster Linie an Herrn v. Scholz kommen, der übrigens einen großen Beweis seiner Friedensliebe giebt, indem er den Verhandlungen des Reichstags fern bleibt und somit der Versuchung entgeht, die Nadelstiche der Conservativen zu erwideren.

Man scheint mit Rücksicht auf die Eventualität von Neuwahlen einen offenen Bruch mit den bimetallistisch-agrarischen Agitatoren vorläufig noch vermeiden zu wollen.

### Zu den Motiven der Colonisationsvorlage.

Die dem Abgeordnetenhaus zugegangene und heute von uns an anderer Stelle im Wortlauten mitgetheilte Begründung der Vorlage betr. die Colonisation in Westpreußen und Posen hat die erwartete Aufklärung über die eigentlichen Absichten der Regierung nicht gebracht und den peinlichen Eindruck, den die Form des Gesetzentwurfs und die Zumuthung hervorgerufen, eine Summe von 100 Mill. M. ohne jede constitutionelle Controle der Regierung zu überweisen, nur noch durch die Ausführungen verschärft, dass die Aufgabe der inneren Colonisation unter Führung der verfassungsmäßigen Vertreter überhaupt nicht zu lösen sei.

Es ist die schrankenlose Übersetzung von der Theorie des bürgerlichen Unterthanenverstandes ins Parlamentarische, wenn es heißt, dass diese Arbeit "nur hemmend" wirken könne und dass der Regierung "möglichst freie Hand" gelassen werden müsse; ferner: "dass bei der Beweisung der Höhe des erforderlichen Credits ein gewisser Höchstwert für unter keinen Umständen zu vermeiden" sei.

Man sieht, in der Kette der Versuche, die Machtbefugnisse der Parlamente einzuhängen, reicht sich Glied an Glied.

Dass das Gesetz in dieser Form die Zustimmung selbst des gegenwärtigen Abgeordnetenhauses nicht finden wird, unterliegt wohl kaum einem Zweifel.

### Eine neue Nichtbestätigung

wird von der conservativen "Holländischen Zeitung" gemeldet. Am 2. November v. J. haben die Stadtverordneten in Nordhausen mit 25 gegen 5 Stimmen den Stadtrath Hahn aus Magdeburg zum ersten Bürgermeister gewählt. Herr Hahn war seit 1876 Kreisrichter in Rüstringen und ist seit 1878 Stadtrath in Magdeburg, woselbst er sich durch Tüchtigkeit und Energie Anerkennung erwarb. Herr Hahn soll allerdings politisch freisinnige Anschauungen haben und das genügt wohl! Von irgend einer Parteihäufigkeit derselben hat aber bisher niemals etwas verlautet. Ein "agitatorisches" Element, welches Herr v. Buttamer, wie er sagte, allein ausschließen will, hätte er also nicht in die Communalverwaltung getragen.

### Das Gespenst des hohen Wollzolls

ist in der gestrigen Sitzung der Petitionscommission des Reichstags als ein ziemlich gefährliches entlarvt worden. Der Streit in der Commission drehte sich nur um die Frage, auf welche Weise die Petitionen ad acta gelegt werden sollten. Der freisinnige Abg. Lipke wollte dieselben einfach durch Beschluss der Commission für ungeeignet zur Beratung im Plenum erklären. Der Correferent aber, Abg. Hize, das bekannte Mitglied des Centrums, beantragte über die Petitionen an das Plenum zu berichten, dielem aber vorzuschlagen, über den Wollzoll zur Tagesordnung überzugehen. Für diesen Antrag stimmte der grösste Theil der Mitglieder des Centrums, das sozialdemokratische Mitglied, die Freisinnigen und auch die Nationalliberalen, die dieses Mal kein Bedenken trugen, mit deutschen "Parnelliten" gemeinsame Sache zu machen. Selbst ein Theil der Conservativen gab den Wollzoll preis.

### Das Brautweinmonopol in der bairischen Kammer.

Die bairische Kammer der Abgeordneten berieb in der gestrigen Sitzung den Ausschanktrag, die verschiedenen Petitionen gegen das Brautweinmonopol der Regierung zur Würdigung und thunlichsten Verücksichtigung zu überweisen. Abgeordneter Schauß (nat. lib.) beantragte, da er dem Monopol nicht ablehnend gegenüber steht, von dem Ausschanktrag die Worte "zur thunlichsten Verücksichtigung" zu streichen. Der Finanzminister v. Niedel erörterte die Lage der Sache und empfahl Vertragung, bis ein Beschluss des Bundesrats vorliege. Die bairische Regierung könnte zwar in dieser Angelegenheit im Bundesrat nicht mitstimmen, habe aber an den Ausschankberatungen des Bundesrats Theil genommen. Bayern würde etwa zwanzig bis dreißig Millionen aus dem Ertrage erhalten. Die Fabrikatsteuer sei in Bayern nicht einführbar. Es sei sehr unrichtig, zu behaupten, dass die mittleren und kleinen Bauern durch das Monopol geschädigt werden würden. Im Gegenteil wolle der Bundesrat einstimmig Süddeutschland einen höheren Preis gewähren!! Spiritus für Gewerbszwecke werde nicht zum Monopolpreise verkauft und es würden überhaupt die Wünsche der Industrie berücksichtigt werden. Der Maßaufschlag werde Bayern wider seinen Willen nicht genommen werden. Bezüglich dieses Punktes wäre die Discussion ebenfalls verfrüht.

Der Finanzminister schloss mit der Mahnung, über eine so hochwichtige Sache nicht allzu rasch aufzuspielen, erneut auf die Diskussion zu verzichten.

### Die Arbeiterunruhen in London.

Der "Kölnischen Zeitung" wird aus London vom 9. Februar gemeldet, dass die Geschäftsfreunde des Westens, empört über die gestrige Saumeligkeit der Polizei, Abends ein Entrüstungsmeeting abhalten werden, behufs Abwendung einer Abordnung an den Minister des Innern. Einige Wenige der Verhafteten sind vom Polizeigericht mit leichten Strafen belegt worden, die Vorschriften gesagt ist, noch unbebildigt. In Nottingham brachen gleichfalls Stiesselnlos ins Rathaus ein und forderten Arbeit; man versprach, der Notth abzuhelfen. Chamberlain verprach einer Abordnung stellenloser Arbeiter Unterstützung seitens der Regierung.

Die Wellen der Bewegung beginnen sich auch bereits jenseits des Canals bemerkbar zu machen. In Paris haben die Vorgänge in London um so mehr Aufsehen erregt, als Ähnliches in Paris täglich befürchtet wird und die Gefahr droht, dass das Beispiel der englischen Ruhestörer ansteckend wirkt.

Die Pariser Journale "National" und "Liberté" behaupten, dass die Regierung in der Angelegenheit betreffend die Ausweitung der französischen Prinzen, wenn es nötig werden sollte, die Cabinetsfrage stellen werde.

Der "Agence Havas" zufolge stimmt die französische Regierung der Herstellung einer Personalunion zwischen Rumelien und Bulgarien zu unter der Voraussetzung, dass alle anderen Mächte ebenfalls zustimmen. Außerdem würde sich Frankreich seine Actionsfreiheit wieder vorbehalten.

### Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung vom 10. Februar.

Auf der Tagesordnung stehen die beiden Anträge bezüglich des § 27 der Geschäftsortordnung. Abg. v. Schorlemmer (Centr.): Unser Antrag ist nicht präjudizialisch. Er übersteht einfach das gesamme Material mit dem § 27 an die Geschäftsortordnungscommission zur Prüfung und eventuellen Änderung dieses Paragraphen. Nun was ich einigermaßen erhebt, als ich den Gegenantrag Dzimowski gemacht habe, Wenn es sich hier nur um eine unberechtigte Anwendung oder Berufung auf § 27 handelt, warum

beantragen Sie dann selber eine anderweitige Fassung des § 27? (Sehr richtig! links und im Centrum.) Sie erkennen damit selbst an, dass der Wortlaut des § 27 gegen Sie ist. Sie müssen einfach jede Abänderung ablehnen und durch Niederstimmen statuieren, dass § 27 auf solche Anträge nicht anwendbar sei. Interessant ist nun, dass Sie nach dem Wortlaut dieses Antrags den Antrag Achenbach zu einer ganz sanften Resolution herabdrücken wollen. Es handelt sich bei demselben doch um eine kommende Geldbeschlagnahme. Die ganze Entstehungsgeschichte des § 27 spricht gegen Ihre Auffassung. Der Vater des § 27, Dr. Lasker, unterschied scharf zwischen solchen Anträgen zum Budget, die augenblicklich eine bestimmte Summe wollen, und solchen, die kommende Ausgaben in sich enthalten. Er wollte, dass solche Anträge, auch um Etat gestellt, entweder der Budget-Commission oder einer anderen Commission überwiesen werden. Darauf wurde der jetzige § 27 angenommen. Dieser § 27 ist stets zur Anwendung gekommen, wo eine ausdrückliche Berufung auf ihn stattfand, auch wo der Antrag Resolution genannt wurde. So bei der Resolution Brix. In einer Reihe von Anträgen wurde der § 27 nicht angerufen und die Commissionsoverweisung unterblieb. In einer ganzen Reihe von Fällen wurde von dem § 27 Gebrauch gemacht. So 1878 bei dem Antrag Brix, die Mittel bereit zu stellen, um den Geistlichen in den 1866 von Hessen an Preußen abgetretenen Landesteilen den Beitritt zu den in den preußischen Gebieten in Hessen bestehenden Pfarrer-Wittnesschaften zu ermöglichen. Der damalige Präsident v. Bennigsen hielt eine Abstimmung über diesen Antrag nicht eher für möglich, als bis eine Commission ihn bearbeiten, da er "größere Ausgaben für die Zukunft" in sich stecke. Es war dies genau der Fall, wie der Antrag Achenbach. Die nationalliberale Partei wird nicht bestreiten wollen, dass Dr. v. Bennigsen, wie sein Vorgänger v. Forckenbeck, ein hervorragend tüchtiger Präsident war, der die Geschäftsortordnung genau kannte und sie nach dieser Einsicht handhabte. Wollen Sie das jetzt auch verlängern? Der Antrag Dietembont stellt an die Geschäftsortordnungscommission das imperiale Mandat, du hast jetzt einfach eine Formulierung des § 27 zu machen, die unterer Auffassung, d. h. der mittelparteilichen Meinung entspricht. Das hieße der erste Gesetzestatut eine zweite hinzufügen. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Verhindern Sie eine materielle Prüfung unseres Antrags, dann vernichten Sie damit auch den Schein, dass Sie der Minorität noch irgendwie gerecht werden wollen. (Oho! rechts, Zustimmung links.) Sie brauchen uns dann bloß wieder niederrstimmen und gar keine Commission. Ja, aber, dass das Gefühl der Billigkeit bei der Majorität dieses Hauses das Durchschlagendste sein wird. Die Folgen würden sonst auf die mittelparteiliche Minorität zurückfallen. (Beschluss.)

Abg. Gneist (nat. lib.): Das Recht der Volksvertretung, der Staatsregierung Maßregeln anzuordnen, die sie zur Sicherheit und Wohlfahrt des Landes notwendig erachtet, gehört zu den unveräußerlichen Parlamentsrechten, welche keine Volksvertretung sich beschränken lassen oder selbst beschränken kann. Bei uns gingen Dutzende von Anträgen durch, die auf gegenwärtige oder zukünftige Geldbewilligung hinausliefern. Bei abstracten Anträgen steht es im freien Ermeister des Hauses, ob es eine vorherige Commissionsberatung beliebt. Fast in jedem politischen Antrage wird eine hypothetische Geldbewilligung zu finden sein, ungekennzeichnet läuft sich jeder Geldbewilligungsantrag durch Mitteln des gemeinen Wohl colorieren. Coloraturtechniker dieser Art finden sich in jedem Parlament. (Sehr gut! links und im Centrum.) Sehr gut! links und im Centrum.)

Abg. v. Bredt (freic.): Der Antrag v. Schorlemmer würde die Commission zum Richter über die Auffassung des Plenums aufwerfen. Das Plenum aber ist nicht der Biener der Commission; die Minorität ist wohl

Gelegenheit, im Plenum ihre Rechtsauffassung zur Geltung zu bringen, sie hat ja auch schon mehr als zu viel über die Sache geredet (Hört, hört! links). Nicht wir haben ein schlechtes Gewissen, vielmehr die Minorität hat, wie ihr Auftreten am 30. Januar und heute beweist, dass sie ein schlechtes Gewissen von der Wahrheit (Oho! und Unruhe links).

Die grossen Redensarten sollen nur nachdrucken wirken, weiter hat's keinen Zweck (Zustimmung rechts).

Der zweite Satz des Antrags Achenbach hat einen viel weitergehenden Inhalt, als ihm Haniel zugeschrieben wird, und in diesem allgemeinen, hochpolitischen Inhalt liegt sein Schwerpunkt. Es ist durch den Satz nur ausgesprochen, dass der Geldpunkt kein Hindernis sein soll. Lasker war gewiss ein praktischer und verständiger Mann; er hat den § 27 sicher nicht durchgesetzt, um wertlose Commissionsberatungen zu ermöglichen, bloß weil die Herren Richter und Windhorst keine Lust hatten, abzustimmen. (Sehr gut! rechts.) Und dazu hatten Sie freilich allen Anlass; Sie hatten damals das Gefühl, so außerordentlich obstrukтив zu sein (große Heiterkeit und Widerspruch links) — nun, wer Ihre Gesichter gesehen hat, wird meine Meinung teilen — dass sie lebhafte Diskussionen, dass das Gesetz abgebrochen und vielleicht unter günstigeren Bedingungen wieder aufgenommen werden möchte. Der von den Freisinnigen am zweiten Tage eingebrachte Antrag war ja auch nicht gehauen und nicht geschlossen, deshalb wurde der Heiterkeit auf die Majorität und den Präsidenten inszeniert und mit glänzendem Erfolg durchgeführt. Nur der Schlußeffekt dieser grossen Staatsaktion, gestaltete sich zu einem kleinen Carnavalsscherz, die Scene nämlich, wo die Herren Bredow, Drischlet, Windhorst und Genossen so hübsch zur Thür hinausließen (Heiterkeit rechts). Schmerzlich war es anzusehen, wie die Minorität um wichtiger vorübergehender Parteiauflösung vorhanden ist, aber dass sie unfernen Beratungen als Grundlage dient. Wenn Sie sich dieser Methode nicht annehmen, so laufen Sie Gefahr, an Stelle der Sachlichkeit die Leidenschaft zu setzen und daran zu entscheiden. (Sehr gut! links.) Wenn Herr Gneist meint, es liegt in der Hand der Majorität, die Geschäftsortordnung zu überschreiten, so ist dies eine Verherrlichung der Diktatur, nur in anderer Form. Die Geschäftsortordnung ist für unsere Debatten so notwendig, wie die gelegentlichen Schranken für die Staatsordnung. Wir verwerfen Ihre Theorie und sagen: auch dann, wenn eine Geschäftsortordnungsbestimmung der schnellen Erledigung einer Sache, selbst wo sie wünschenswert erscheint, zum Hindernis wird, haben wir nicht das Recht, diesem Gesetze der Volksvertretung ohne Weiteres ein Schnippen zu schlagen und es mit Füßen zu treten. (Sehr gut! links.) Widerstand rechts. Die Auffassung unterscheidet uns nicht nur hinsichtlich der Geschäftsortordnung, sondern im ganzen Staatsleben. Das ist kein Unterschied im Temperament, sondern im Rechtsismus. (Sehr wahr! links.) Dr. Gneist hat im Uebrigen unsere Prämissen in einem Umstange ausgegeben, wie ich es nicht erwartet hätte. (Zustimmung links und im Centrum.) Er unterscheidet politische Anträge allgemeiner Natur und Geldbewilligungsanträge. Haben wir denn jemals behauptet, dass Anträge, welche bestimmte Maßregeln seitens der Staatsregierung fordern, weil sie möglicherweise bei ihrer späteren Durchführung eine Geldbewilligung mit sich führen, deshalb unter § 27 der Geschäftsortordnung fallen? Hat nicht der Abg. Richter ausdrücklich darauf hingewiesen, Sie sollten sich mit dem ersten Theil Ihres Antrags in der Ausweitungfrage beschäftigen? Warum haben Sie denn den zweiten Theil dazu gestellt, welcher ausdrücklich Geldmittel verlangt? (Sehr gut! links und im Centrum.) An diesem Punkte verwandt sich eben Ihr abstrakter politischer Antrag in einen concreten auf Bereitstellung von Geldmitteln, Sie geben uns dadurch

gerade das Material, um Ihnen zu zeigen, wie wenig der § 27 der Geschäftsortordnung allgemein politischen Anträgen im Wege steht, wie sehr dies aber dem zweiten Theil des Antrages Achenbach gegenüber der Fall ist. Das ist der einfachste Thatbestand, alle anderen Deductionen sind gegenstandslos. Von den Motiven, welche Lasker i. S. zur Empfehlung des § 27 der Geschäftsortordnung aufführte, hat Dr. Gneist ein sehr Wesentliches schwieg. Lasker machte nämlich besonders darauf aufmerksam, dass das Parlament bei Aufforderung von eventuellen Bewilligungen notwendig der späteren Eintrittsforderung der Regierung widerstehen kann. (Schr. richtig! links) Sie haben ja jetzt die Vorlage mit der Forderung von 100 Mill. M. erhalten. Ich behaupte, nachdem Sie durch den Antrag Ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, ist Ihre Kritik gegenüber dieser Forderung eine in sich abgeschlossene. (Sehr gut! links und im Centrum.) Der Minister wird einfach sagen: "Ihr selbst habt mich dazu gedrängt." Sie werden die Forderung mit dem verfassungsmässigen Grundsatz, dass sämtliche Einnahmen und Ausgaben des Staates im jährlichen Budget erscheinen müssen. Gerade diesen Punkt hat Lasker treffen wollen. Damit ist schon gegeben, wie wenig Recht Sie mit Mr. I. Ihres Antrags Dietembont haben. Wenn Sie über die Gesetzmässigkeit Ihres Vorgehens keinen Zweifel haben, woher dann die weisjährige Erklärung? Wo der Wortlaut so klar ist, wie hier in § 27, da müssen alle übrigen Interpretationsmittel in den Hintergrund treten. (Vielhafte Zustimmung links und im Centrum) Wenn wir erst dahin kommen, klare und unzweideutige Worte in unserer Gesetzessprache mit dahinterliegenden Motiven hinwegzudenken, dann bekommen wir eine Jurisprudenz, die vielleicht einer vorübergehenden Strömung gerecht wird, aber den wahren Forderungen des Rechts schliesslich widersprechen muss. (Sehr gut! links.) Den zweiten Theil Ihres Antrags können Sie sich kaum genügend überlegen haben, dann Sie müssen sich doch sagen, dass Sie mit der Ueberzeugung Ihres Antrags an die Commission jede abweichende Ansicht tott machen. Jahren Sie so fort, dann rathe ich Ihnen, einfach die Bestimmung in die Geschäftsortordnung aufzunehmen. Mitglieder der Commission können nur Angehörige der Majorität sein." (Sehr gut! links und im Centrum.) Ich könnte noch viele Worte verlieren über das, was Herr Gneist über "Obstructionsmänner" (Zielen aus dem Buch), u. dergl. gesagt hat, aber da erinnere ich mich, dass Dr. Gneist in der That seine großen Verdienste hat aus einer früheren Zeit. Ich bin allerdings der Überzeugung, dass, wenn er von jener Zeit noch etwas von dem Temperamente, mit dem er damals Recht und Gerechtigkeit vertheidigte, völlig behalten hätte, so würde er uns nicht Reden über Obstructionsmänner gehabt haben. Aus Respect vor dieser Vergangenheit behandle ich den gegenwärtigen Dr. Gneist nicht mehr. (Lebhafter Beifall links und im Centrum; Widerspruch rechts

noch nicht nüchtern geworden (Stürmische Heiterkeit); es wird indeß schon kommen. Die Endabstimmungen könnten wir gar nicht vermeiden wollen, die Majorität stand ja bombenfest. Aber Sie hatten solche Sile, daß Sie nicht einmal die Geschäftsaufordnung beachten. Ich habe sehr gut gehört, daß viele Herren rechts über die Einweihung auf § 27 seitens des Abg. Richter erschraken und unter sich sagten: ja, eigentlich — aber nein, es geht unter keinen Umständen, sonst ist der Effekt verloren! (Sehr gut! und Heiterkeit; Widerspruch rechts.) Hinausgegangen bin ich aus dem Saal mit großer Ruhe und Sicherheit, wenn auch mit Trauer, nicht über mich, sondern über Sie. (Lachen rechts.) Sie, die Majorität, sind nur zu gelehrte Schüler des Fürsten Bismarck, auch Sie sind über die Zwirnsäden des Rechts nicht mehr gestolpert. Ihr Galgenhumor über die Sile für Sie etwas komödiantischen Ausgang hat sich ja dann auch bei den Abstimmungen und in der Art, wie man die Plätze wechselte, gezeigt. (Sehr gut! links.) Wenn wir auf der Reisetzung der Schranken der Geschäftsaufordnung bestanden, so haben wir gerade auch die Verfaßung verteidigt, und daran haben wir stets mit Recht festgehalten. Dr. Gneist behauptet, es läge hier gar kein Antrag auf Geldbewilligung vor, sondern eine Resolution allgemein politischer Natur. Ist denn aber nicht in dem zweiten Satz des Antrags Achenbach eine directe und unbeschränkte Geldbewilligung ausdrücklich enthalten? Sie wollten mit dem Antrag einen großen politischen Effect machen; der erste wirkliche Effect ist aber: Hundert Millionen! (Larm rechts) — ich wiederhole es: Hundert Millionen! (Große Heiterkeit und Beifall links und im Centrum.)

Abg. Frankel (nat. lib.): Das die Durchführung der großen politischen Maßregeln schließlich Geld kosten würde, sei Niemandem im Hause verborgen geblieben; gleichwohl stelle sich Herr Hänel auf einen ungemein eng formalistischen Standpunkt, wenn er behauptet, daß durch die Hinzufügung des zweiten Satzes die Natur des Antrages Achenbach sich plötzlich völlig geändert habe.

Abg. Hänel: Dr. v. Biedl hat das Factum, daß wir geschlagen gefühlt hätten, von unseren Gesichtern abgelesen. Allerdings waren wir geschlagen, die Majorität war gegen uns; um das unseren Gesichtern anzutun, brauchte man garnicht ein so großer Physiognomie wie Dr. v. Biedl zu sein. (Große Heiterkeit.)

Abg. Bachem (Centr.): konstatirt, daß derselbe Abg. Gneist, der heute den Majoritätsantrag empfahl, im J. 1882 die nochmalige Commissionsberatung verlangt habe, obwohl ein anderweiter Commissionsbericht über die Materie selbst bereits vorlag, und damals in der Auslegung des § 27 ja weit gegangen sei zu behaupten, daß sämtliche Anträge in der Budgetkommission geprüft werden müßten, die eine Geldbewilligung involvierten. (Hört, hört! und Heiterkeit.) Mit gebundener Marschroute, wie nach dem Antrage v. Diembowski, könnte die Geschäftsaufordnung zu keinem wirklich positiven Ergebnis kommen; frei und selbstständig müsse sie entscheiden können; am Ertheilung eines mandat impérial sei ja die Majorität allein sachlich garnicht berechtigt.

Abg. v. Naumburg (cons.): Von der Ertheilung eines imperativen Mandats ist garnicht die Rede. Sie können es nicht erragen, daß Sie drüben im Reichstage die Majorität haben, hier aber nicht; das ist des Rudels Kern! (Gefüllung rechts, Lärm links und im Centrum.) Wenn Sie auch in der Commission mit uns nicht befreien wollen, dann beschuldige ich Sie vor dem Lande, daß Ihr ganzes Verhalten am 30. Januar nur darauf berechnet war, sich in eine Lage zu bringen, daß Sie vor dem Lande als durch unsere Beschlüsse vergewaltigt erscheinen. (Lebhafte Gefüllung rechts; Oho! links und im Centrum)

Abg. v. Schorlemer: Nicht die Furcht bewog uns Sonnabend zum Verlassen des Saales, sondern es war das Gefühl des Widerwillens, um nicht zu sagen des Ekel. (Lärme rechts; Rufe: Zur Ordnung! bei den Nationalliberalen.)

Vizepräsident v. Heereman: Der Redner hat, wie ich voraussehe, diese Ausdrücke nur in Beziehung auf Vorgänge außerhalb dieses Hauses gebraucht. (Abg. v. Schorlemer antwortet bestehend; Heiterkeit.) Darauf wird der Antrag v. Diembowski gegen die Stimmen des Centrums, der Polen, der Freisinnigen und des Abg. Berger an die um 7 Mitglieder zu verstärkende Geschäftsaufordnungs-Commission verwiesen.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

## Die Begründung der Colonisations-Vorlage.

deren Hauptinhalt telegraphisch schon mitgetheilt ist, lautet wörtlich folgendermaßen:

Historisch sucht sich in einzelnen östlichen Landesteilen die polnische Nationalität unter Verdrängung der vorhandenen deutschen Elemente mehr und mehr und nicht ohne Erfolg auszubreiten. Solches Vordringen einer, durch Sprache und Sitte dem preußischen Staatsleben innerlich entfremdeten Nationalität in wichtigen Thülen der Monarchie fordert umfassende Abwehrmaßregeln auf allen Gebieten der Staatsverwaltung. Es handelt sich darum, die Interessen der deutschen Bevölkerung zu wahren, die Überflutung weiterer Landesteile mit polnischen Elementen zu verhindern und deutschem Geiste und deutscher Bildung mehr und mehr zu eröffnen. Diesen Zweck versucht der anliegende Gesetzentwurf zunächst nur auf einem, jedoch auf einem sehr bedeutsamen Gebiete. Sein ausgeschlagenes Ziel ist die Stärkung des deutschen Elements in jenen Landesteilen durch Ansiedlung deutscher Bauer und Arbeiter. Der Gedanke, durch Erwerbung größerer Besitzungen, welche sich in polnischen Händen befinden, und durch Wiederherstellung derselben in Theilstücken an Erwerber deutscher Abstammung jenen bedrohlichen polnizirenden Bestrebungen entgegen zu treten, ist nicht neu.

Sonst in der Mitte der dreißiger Jahre ist die preußische Staatsregierung zu demselben Zwecke auf gleichen Wege, nicht ohne Erfolg, vorgegangen.

Wenn aber die damals getroffenen Maßregeln nicht die erhoffte volle Wirkung gehabt haben, so lag der Grund teils in der nicht immer zielbewußten Ausführung, ganz vorzugsweise aber daran, daß der Fonds, welcher für diesen Zweck damals zur Verfügung stand, zu gering bemessen war.

Die Maßregeln, mit denen die Staatsregierung gegenwärtig die Aufgabe, allmälig vorstreichend, zu lösen beabsichtigt, sind folgende:

1. Verwendung geeigneter Grundstücke des vorhandenen fiskalischen Domänen- und Forstbesitzes zur Errichtung landwirtschaftlicher Stellen von mittlerem oder kleinem Umfang (Bauernhöfe, Arbeiterstellen).
2. Bereitstellung von Staatsmitteln zum künftigen Erwerb solcher Grundstücke, welche sich zur Errichtung der vorbezeichneten landwirtschaftlichen Stellen eignen.
3. Bereitstellung von Staatsmitteln zur erstmaligen Einrichtung und zur Regelung der Gemeinde-, Kirchen- und Schulverhältnisse neuer Stellen und ganzer Gemeinden.

Zu 1. Die geschlossenen Domänen bilden zumeist langjähriger Nutzung, vollständig durchgebildete wirtschaftliche Einheiten und in der Mehrzahl Musterwirtschaften, welche für den Fortschritt in allen Zweigen der Landwirtschaft lediglich von der größten Bedeutung gewesen sind. Eine Auflösung derselben in mehrere Einzelwirtschaften würde der Regel nach nicht ohne erhebliche Geldopfer und nicht ohne große sonstige wirtschaftliche Verluste möglich sein. Ohnehin sind viele Domänen wegen ihrer Boden- und sonstigen wirtschaftlichen Verhältnisse zu einer Parzellierung ungeeignet. Auch kommt in Betracht, daß auf einer großen Zahl von Domänen gewisse Verpflichtungen ruhen, welche eine Veräußerung derselben unzulässig machen, und daß endlich sämtliche Domänen zur Zeit verpachtet sind und jedermann erst das Ende der bestehenden, zum größten Theil noch auf eine lange Reihe von Jahren laufenden Pachtverträge abgewartet werden müßte, bevor über sie anderweit verfügt werden könnte.

Ob von den Domänen-Pächtern in den hier in Betracht kommenden Landesteilen, welche in den nächsten Jahren pachtfrei werden, sich das eine oder andere zur Verwendung für Zwecke dieser Vorlage eignet, wird in Erwägung gezogen werden.

Es läßt sich aber schon jetzt mit Sicherheit voransetzen, daß eine Parzellierung von Staatsdomänen und die Verwendung sonstiger domänen- und forstfiscalischer Grundstücke nur in beschränktem Umfange ausführbar sein wird, und es ist außer Zweifel, daß die Zwecke der gegenwärtigen Vorlage auf diesem Wege allein nicht erreicht werden können.

Zu 2 und 3. Vielmehr bedarf es dazu der Bereitstellung von Staatsmitteln, sowohl zum künftigen Erwerbe von Grundstücken, welche für die Zielle dieser Vorlage geeignet sind, als auch zur erstmaligen Einrichtung der zu errichtenden Stellen und Gemeinden und zur Regelung ihrer Gemeinde-, Kirchen- und Schulverhältnisse.

Der Gedanke, daß es sich dabei um eine weitgreifende Liberalisierung des Staates handeln könnte, ist von vorherigen zurück zu weisen. Bei allen ihren Operationen wird die Staatsregierung davon ausgehen, daß der Staat durch die Anzahlungen des Käufers oder durch die von ihm zu leistenden Geldrenten annähernd schadlos gehalten oder eine mäßige Verzinsung des aufgewendeten Anlagekapitals sichergestellt werde; allen Erwerbungen von Grund und Boden für Zwecke dieser Vorlage wird eine sorgfältig geprüfte Rentabilitätsrechnung vorausgehen. — Andererseits handelt es sich bei dieser Vorlage nicht darum, finanzielle Vorteile für den Staat zu gewinnen, man wird sich vielmehr im Großen und Ganzen, wenn die Ziele dieser Vorlage erreicht werden sollen, mit einer mäßigen Verzinsung des aufgewendeten Kapitals begnügen müssen, zumal man trotz der äußersten Sorgfalt auf vereinzelte Ausfälle gefaßt sein muß. Die Aufgabe, welche in dieser Vorlage gestellt ist, wird nur dann glücklich gelöst werden können, wenn der Staatsregierung in der bestimmungsmäßigen Disposition über die bereit zu stellenden Staatsmittel, vorbehaltlich der dem Landtage abzulegenden jährlichen Rechenschaft (§ 6), möglichst freie Hand gelassen wird; jede Beschränkung, welche über das Maß hinausgeht, welches der § 2 des Gesetzentwurfs bezeichnet, kann nur hemmend wirken und die Staatsregierung verhindern, dem einzelnen Falle die nötige Rückicht zu schenken.

Was speziell die Kosten der erstmaligen Einrichtung und der erstenmaligen Regelung der Gemeinde-, Kirchen- und Schulverhältnisse anlangt, so wird dazu in manchen Fällen ein Zufluß aus Staatsmitteln nicht erforderlich sein, in zahlreichen Fällen wieder, namentlich, wenn es sich um die Errichtung ganzer Landgemeinden handelt, wird die Ausführbarkeit einer großen und durchgreifenden Maßregel ganz abhängig sein von der Möglichkeit, Staatsmittel in irgend einer Form dafür flüssig zu machen. Es versteht sich jedoch von selbst, daß solche Auswendungen bei Aufstellung der Rentabilitätsberechnung mit in Rechnung gezogen werden, und daß es nicht die Absicht sein kann, dieselbe anders zu behandeln, als den übrigen Theil des vom Staat aufgewendeten Anlagekapitals.

Zu den einzelnen Paragraphen des Gesetzentwurfs ist Folgendes zu bemerken:

Zu den §§ 1 und 3.

Bei der der Bemessung der Höhe des erforderlichen Credits ist ein gewisser Grad von Willkür unter keinen Umständen zu vermeiden. Die Anhaltspunkte, welche die königliche Staatsregierung für den von ihr beantragten Satz geben kann, sind etwa folgende:

Nach den Kaufgeschäften der letzten Jahre beläuft sich der durchschnittliche Preis für den Hectar in den befreiteten Provinzen auf ungefähr 560 M. Es ist möglich, daß die heutigen Conjecturen der Landwirtschaft und die gesellschaftliche Lage, in welcher sich viele Besitzer befinden, diesen Preis noch weiter herunterdrücken. Es ist auch möglich, daß die durch diese Vorlage zu schaffende Ausicht, an dem Staat für das schlümteste Fall einen Abnehmer zu haben, die Preise zeitweise steigert. Für die erste Alternative spricht der Umstand, daß allein innerhalb des Bezirks der Provinz Polen der Verkauf von gegen 100 größeren Befestigungen in Aussicht steht. Ob Anträge der Gläubiger auf Subbahtation durch die Befreiung juristisch aufzuheben wären, das bei Zwangsvorfällen in der gegenwärtigen Sachlage ein Theil der eingetrogenen Schulden gänzlich ausfällt, entzieht sich jeder Berechnung. Andererseits wird das Auftreten des Staats als Käufer vorwiegend den Grundrediten bestätigen und dadurch die Zahl der Anträge auf Subbahtation möglicherweise mindern. Wenn letzteres der Fall ist, so steigt der Durchschnittspreis der Hectare vielleicht, Wird dagegen das Auftreten des Staats als Käufer darauf hin, daß sich die Anträge auf Subbahtation steigern, so würde sich der Durchschnittspreis des Grund und Bodens verringern. Summierhin würde die Summe von 100 000 000 M. wenn keine weiteren Ausgaben als die für den Ankauf beabsichtigt würden, für die Erwerbung von mindestens 200 000 Hectaren ausreichen. Soweit die Verhältnisse sich augenblicklich übersehen lassen, werden in den beteiligten Provinzen reichlich 100 000 Hectar schon heute zu den verkauflichen gerechnet werden können, sei es im Wege des freimülligen, sei es in dem des Zwangsvorfalls. Die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse lassen befürchten, daß diese Zahl sich in früher Zeit erheblich steigert, vielleicht bis zur Verdoppelung. Zu den Ankaufskosten von Grund und Boden treten aber die unter Umständen nicht minder erheblichen der Befreiung selbst. Es liegt auf der Hand, daß diese Kosten um so höher sein werden, je kleiner im Durchschnitt der dem einzelnen Colonisten zu gewährende Besitz bemessen sein wird. In einem einen Maße werden sich die Kosten steigern, welche durch die Heranziehung und Anwerbung der Colonisten, durch die Errichtung der nothwendigen Baulichkeiten und die Regelung der einzurichtenden Communalverhältnisse entstehen müssen. Die zu erwerbenden Grundstücke werden voraussichtlich vorwiegend in größeren Gütercomplexen bestehen, von denen einzelne sich jetzt den Kaufwert einer Million und mehr Mark nach Fläche und Bonification beanspruchen würden. Solche Besitzungen werden vorläufig in der gleichen Art wie jedes andere landwirtschaftliche oder forstliche Staats-eigentum zu bewirtschaften sein, die Landgüter durch Verpachtung, die Forsten durch Einrichtung königlicher Oberförsterstellen. Die Bestellung und Vertheilung solcher Complexe und größerer Güter läßt sich überhaupt nicht sofort, sondern nur allmälig im Laufe der Jahre bewirken. Die vorläufige dominante Benutzungshaltung unter Bedingungen, welche die Erhaltung und Kräftigung des deutschen Elements gewährleisten, wird so lange dauern müssen, bis es gelingen wird, die Colonisten für die neuen Besiedelungen anzuwerben, die letzteren zu bebauen und zu überweisen. Für diese Operationen müssen die Kosten, welche sie nach ihrer Ausdehnung und nach der dadurch erforderlichen Zeit beanspruchen werden, disponibel sein, bevor sie begonnen werden können. Wollte man die Anfänge nur in dem Maße bewirken und fortführen, wie es gelingt, die ersten derselben zu verwerthen und zu bestedeln, so würde die Entwicklung der ganzen politischen Maßregel eine unberechenbare Zeit erfordern. Die augenblicklich bedauerlich geringe Rentabilität von Grund und Boden und die geringe Höhe des gegenwärtigen Binsfusses lassen den Augenblick für die Vorbereitung der beabsichtigten Reform als einen ungewöhnlich günstigen erscheinen. Es ist deshalb die Summe, deren Verfügung beantragt wird, eine verhältnismäßig hoch geprägte. Wer sie wird immer nur Verwendung finden in dem Maße, in welchem sich durch Zwangsvorfälle oder durch vortheilhaft angebotene Geschäfte aus freier Hand nicht illegale Erwerbungen ohne wesentlichen Schaden für die Staatsfahne machen lassen.

Es ist ferner in Aussicht genommen, die nach § 1 bereit zu stellenden Mittel nicht lediglich für solche Stellen zu verwenden, welche auf den nach § 1 Biff. neu angewandten Grundstücken errichtet werden, sondern auch für diejenigen Stellen, welche auf bereits vorhandenen domänen- und forstfiscalischen Grundstücken neu begründet werden, denn der Domänen- und Forstverwaltung stehen keine Fonds zur Verfügung, aus welchen bestimmungsmäßig die mit der ersten Einrichtung solcher Stellen oder mit der erstmaligen Regierung ihrer Gemeinde-, Kirchen- und Schulverhältnisse verbundenen Kosten, wenn auch nur vorschußweise, bestreift werden können. Aus diesem Grunde ist im Schlusshabsatz dieses Paragraphen ausdrücklich ausgeschlossen, daß auch in diesen Fällen der der Staatsregierung überwiesene besondere Fonds zur Verwendung kommen soll.

Es entspricht im Ueblichen der Natur der Sache, daß die im § 1 ausgeworfene Summe nur arbiträr bestimmt werden könnte. Wenn aber die Beiträge, welche der Staat als

Schadloshaltung nach den §§ 2 und 3 der Vorlage erhält, zu dem im § 1 bestimmten Fonds zurückfließen und für die Zwecke der Vorlage wieder verwendet werden können, so wird der geforderte Betrag voraussichtlich einigermaßen genügen, um bei gleichmäßiger Verwendung geeigneter Grundstücke der Domänen- und Forstverwaltung, in einer nicht zu langen Reihe von Jahren durchgreifende Erfolge für die Ziele dieser Vorlage zu gewinnen.

Zu § 7.

Bei der demnächstigen Ausführung der beabsichtigten Maßregeln ist die Mitwirkung einer mit den örtlichen und allen sonstigen einfliegenden Verhältnissen genauer bekannten besonderen Commission wünschenswert. Mit Rücksicht auf die große politische und wirtschaftliche Tragweite der Gesetzesvorlage, und um den bewilligten Körperschaften in den Körperschaften der Unternehmungen einen jederzeit sicherem Einblick zu gewähren, erscheint es angezeigt, dem Landtage eine geeignete Vertretung in dieser Commission durch das Gesetz zu sichern; im Ueblichen ist es aber für zweckmäßig erachtet, alle anderen Bestimmungen über die Zusammensetzung und den Geschäftskreis der Commission königlicher Verordnung vorzubehalten.

## Deutschland.

\* Berlin, 10. Februar. Der Kaiser nahm heute die laufenden Vorträge entgegen, arbeitete Mittags mit dem Chef des Civilcabinetts und empfing dann einige Besuche.

Zu § 8.

Bei der demnächstigen Ausführung der beabsichtigten Maßregeln ist die Mitwirkung einer mit den örtlichen und allen sonstigen einfliegenden Verhältnissen genauer bekannten besonderen Commission wünschenswert. Mit Rücksicht auf die große politische und wirtschaftliche Tragweite der Gesetzesvorlage, und um den bewilligten Körperschaften in den Körperschaften der Unternehmungen einen jederzeit sicherem Einblick zu gewähren, erscheint es angezeigt, dem Landtage eine geeignete Vertretung in dieser Commission durch das Gesetz zu sichern; im Ueblichen ist es aber für zweckmäßig erachtet, alle anderen Bestimmungen über die Zusammensetzung und den Geschäftskreis der Commission königlicher Verordnung vorzubehalten.

Zu § 9.

Berlin, 10. Februar. Der Bundesrat wird morgen die regelmäßige Plenarsitzung abhalten.

Auf der Tagesordnung stehen u. a. Vorlagen betreffend die Actenstücke über die deutschen und französischen Besitzungen an der Westküste von Afrika, in der Südsee sc. und die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt für das Etatjahr 1882/83. Morgen findet wieder eine Beratung des Spiritus-Monopols statt.

Es ist noch gar nicht abzusehen, ob das Plenum des Bundesrates sich bereits in der nächsten Sitzung, am 18. d. M., mit dem Spiritusmonopol beschäftigen können,

da die zweite Lesung, mit welcher die Ausschüsse jetzt beschäftigt sind, auch nur sehr langsam vorwärts schreitet.

Der Bureauauditor des Herrenhauses Geh.

Regierungsrat Dr. Megel hat soeben das Handbuch für das preußische Herrenhaus in einem zweiten Theil eröffnet lassen, welcher sich mit dem Herrenhaus in seiner gegenwärtigen Verfassung und Zusammenfassung beschäftigt und damit Mitglieder-Verzeichnisse mit biographischen Notizen verbindet.

Zu § 10.

Berlin, 10. Februar. Ueber die gesamten Rechnungsergebnisse eines Rechnungsjahres

hat das Reichsversicherungsamt nach Abschluß derselben alljährlich eine Nachweisung aufzustellen und vorzulegen. Die Aufstellung dieser Nachweisung ist für das vierte Quartal v. d. J. mit besonderen Schwierigkeiten verbündet, da es begreiflicher Weise für die gedachte Zeit nicht möglich sein wird, ein ausreichendes Material zu beschaffen. Wir hören,

dass das Reichsversicherungsamt auf den 11. d. M. die Vorzüglichkeit der in Berlin domicilierten Berufsgenossenschaften zu einer Conferenz zusammenberufen hat, in welcher dieser Gegenstand berathen und eventuell eine Tabelle und ein Schema verbindet werden sollen, nach welchen diese Nachweisung jetzt beschäftigt sind, auch nur sehr langsam vorwärts schreitet.

Zu § 11.

Kopenhagen, 10. Februar. Durch einen königlichen Erlass wird das Ministerium ermächtigt,

zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit die von der Regierung beauftragten Arbeiten soweit möglich von dänischen Arbeitern ins Werk setzen zu lassen. (W.T.)

Zu § 12.

P. Rosen, 10. Februar. Wie der „Dien-

zonen-Poznan.“ mittheilt, wurden am 2. d. acht Aus-

länder aus Warschau ausgewiesen, darunter 5 österreichische und 3 preußische Staatsangehörige.

Dasselbe Blatt berichtet weiter, daß jetzt österr. Mitgliedschaften und Duelle zwischen den russischen Offizieren — den Russen und den Deutschen — und zwar hauptsächlich aus nationalem Antagonismus vorkommen. Solche Fälle haben in Krakau stattgefunden; in Warschau gelang es jüngst der Polizei, ein derartiges Duell zu verhindern.

Dresden, 10. Februar. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erklärte der Minister des Innern auf eine Anfrage, die Pläne für die Bebauung des früher militärischen Areals in Dresden-Neustadt würden Landtage in den nächsten Tagen zugehen. Für das derselbst zu errichtende Gebäude für das Ministerium der Finanzen würde im Frühjahr ein Concurrenz-ausschreiben erfolgen, die betreffende Vorlage werde dem Landtage in seiner nächsten Session zugehen.



Heute früh starb höchst am Gesundheitseid mein heiligster Gatte, unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Onkel, der rechtschaffne Rechnungs-Rath

**Adolf Ferdinand Kohts,**

Ritter pp., im nahezu vollendeten 78. Lebensjahr, welches statt jeder besonderen Meldung anzeigen. (7546)

**Die tieftraurenden Hinterbliebenen.**

Königsberg in Pr. d. 10. Februar 1886.

Heute Abend 9 Uhr entstieß sanft nach längerem Leiden in Arcu mein geliebter Mann, unser lieber Vater, der königliche Landgerichtsrath Ernst Olof im Alter von 57 Jahren, welches tief betrübt anzeigen.

Die Hinterbliebenen.

Thorn, den 4. Februar 1886.

Die Beerdigung findet Montag,

den 8. in Arcu statt. (7544)

**Bremen-Danzig.**

Damfer "Pauline" wird bei eröffneten Schiffahrt von Bremen nach Danzig expediert.

Gäste-Anmeldungen nehmen entgegen. (6877)

**Heinr. Gerhd. Fisser**

in Bremen.

**Ferdinand Prowe**

in Danzig.

**Nach Lübeck**

Ladet SS. "Lotte", Capt. Deister-

reich, Expedition am

**Montag, 15. Februar**

Gäste-Anmeldungen erbitten. (7556)

**F. G. Reinhold.**

Soeben erschien und ist vor-

rätig bei dem Unterzeichneten:

**Von der Weichsel**

**zum Dnjepr.**

Geographische, kriegsgeschichtliche u.

operative Studie von

**Sarmaticus.**

Mit einer Uebersichtskarte und

14 Skizzen, 328 S., eleg. broch. A. 7.

**Theodor Bertling,**

Gr. Gerbergasse 2. (7528)

Kölner Dombau-Losse 3,50 A.

Marienburger Geld-Lotterie 3,00 A.

Anderthalbfüte Zoppot 1,00 A.

Ulmer Münsterbaus 3,50 A.

Zu haben in der

Expedition der Danziger Zeitung.

Loose der Zoppoter Kinder-

Heilstätten-Lotterie a 1 A.

Loose d. Marienburger Pferde-

Lotterie a A. 3.

Loose d. Königsberger Pferde-

Lotterie a A. 3.

Loose der Kölner Dombau-

Lotterie (bei der General-

Agentur in Köln bereits vergriffen) a A. 3,50.

Loose der Marienburger Geld-

Lotterie a A. 3.

Loose der Ulmer Münsterban-

Lotterie a A. 3,50 bei (7586)

Th. Bertling, Gerbergasse.

**Dampf-Kasse**

wöchentlich 3-4 Mal frisch geröstet.

**Feinsten Santos,**

ganz reinfrauchend, per Zoll A 55 A.

**Feinsten Guatemala,**

ganz vorzüglich feinschmeckend,

per Zoll A 1 A.

**Feinsten grünen Java,**

kräftig und sehr feinschmeckend, per

Zoll A 1,10 A.

**Gelben und grünen Java,**

sehr feine Mischung, per Zoll A 1,20 A.

**Feinsten Ceylon und**

**braunen Java,**

hochfein, pro Zoll A 1,30 A.

Ehemalige Dampfkasse sind von

reinem und hochfeinem Gebäck und

empfiehlt dieselben als höchst preiswerth.

**Carl Köhn,**

Borstadt. Graben 45, Ecke Melzerg.

Fette Puten und Kapone, große Hasen per Stück 3 Mk.

empfiehlt. (7504)

Hanns Bradtke.

## Nachruf.

Durch den am 8. d. Ms. Nachmittags um 4 Uhr, so plötzlich erfolgten Tod des Gutsbesitzers Herrn

**Friedrich Wienecke**

zu Wittomin

versiegt der unterzeichnete Verein nicht nur seinen Gründer und langjährigen Vorstand, welcher durch sein gediegenes Wissen und seine reiche Erfahrung auf jedem Gebiete der Landwirtschaft ihm eine große Stütze war, sondern auch jedes einzelne Mitglied einen freuen unparteiischen Rathgeber und liebenswürdigen Berater gewonnen, "ein Halt", nach des Dichters Worten, hingestellt wie eine feste Säule, an die man sich mit Lust und mit Supersicht anlehnen. — Wir Alle werden ihm stets ein treues liebesvolles Andenken bewahren.

Der Landwirtschaftliche Verein Zoppot. (7545)

Die hinterbliebenen.

Thorn, den 4. Februar 1886.

Die Beerdigung findet Montag,

den 8. in Arcu statt. (7544)

**Bremen-Danzig.**

Damfer "Pauline" wird bei er-

öffneten Schiffahrt von Bremen nach

Danzig expediert.

Gäste-Anmeldungen nehmen ent-

gegen. (6877)

**Heinr. Gerhd. Fisser**

in Bremen.

**Ferdinand Prowe**

in Danzig.

**Nach Lübeck**

Ladet SS. "Lotte", Capt. Deister-

reich, Expedition am

**Montag, 15. Februar**

Gäste-Anmeldungen erbitten. (7556)

**F. G. Reinhold.**

Soeben erschien und ist vor-

rätig bei dem Unterzeichneten:

**Von der Weichsel**

**zum Dnjepr.**

Geographische, kriegsgeschichtliche u.

operative Studie von

**Sarmaticus.**

Mit einer Uebersichtskarte und

14 Skizzen, 328 S., eleg. broch. A. 7.

**Theodor Bertling,**

Gr. Gerbergasse 2. (7528)

Kölner Dombau-Losse 3,50 A.

Marienburger Geld-Lotterie 3,00 A.

Anderthalbfüte Zoppot 1,00 A.

Ulmer Münsterbaus 3,50 A.

Zu haben in der

Expedition der Danziger Zeitung.

Loose der Zoppoter Kinder-

Heilstätten-Lotterie a 1 A.

Loose d. Marienburger Pferde-

Lotterie a A. 3.

Loose der Königsberger Pferde-

Lotterie a A. 3.

Loose der Kölner Dombau-

Lotterie (bei der General-

Agentur in Köln bereits vergriffen) a A. 3,50.

Loose der Marienburger Geld-

Lotterie a A. 3.

Loose der Ulmer Münsterban-

Lotterie a A. 3,50 bei (7586)

Th. Bertling, Gerbergasse.

**Dampf-Kasse**

wöchentlich 3-4 Mal frisch geröstet.

**Feinsten Santos,**

ganz reinfrauchend, per Zoll A 55 A.

**Feinsten Guatemala,**

ganz vorzüglich feinschmeckend,

per Zoll A 1 A.

**Feinsten grünen Java,**

kräftig und sehr feinschmeckend, per

Zoll A 1,10 A.

**Gelben und grünen Java,**

sehr feine Mischung, per Zoll A 1,20 A.

**Feinsten Ceylon und**

**braunen Java,**

hochfein, pro Zoll A 1,30 A.

Ehemalige Dampfkasse sind von

reinem und hochfeinem Gebäck und

empfiehlt dieselben als höchst preiswerth.

**Carl Köhn,**

Borstadt. Graben 45, Ecke Melzerg.

Fette Puten und Kapone, große Hasen per Stück 3 Mk.

empfiehlt. (7504)

Hanns Bradtke.

**Ostsee-Sprotten**

empfiehlt

Westpreußische Fischräucherei,

Kohlgasse 3. (7557)

**Feine Fischbutter,**

täglich frisch, a Pfund 1,20 u. 1,10 A.

empfiehlt die Central-Meierei Kettner-

Gasse 1. (7533)

**Masken-Garderoben,**

**Domino, Autten**

für Damen und Herren,

auch nach außerhalb und für

Bereine, empfiehlt billigst

**Louis Willdorff,**

Ziegengasse 5.

**Tricotagen**

jeder Art,

**Neuheiten in Cravatten**

und Chilipen empfiehlt billigst

**Louis Willdorff,**

Ziegengasse 5. (7587)

# Beilage zu Nr. 15691 der Danziger Zeitung.

Donnerstag, 11. Februar 1886.

## Reichstag.

43. Sitzung vom 10. Februar.

Die Verhandlung über den Antrag v. Huenen, v. Kardorff und Gen., „die verbündeten Regierungen zu erüben, der Währungsfrage ernent die eingehendste Prüfung zu Theil werden zu lassen und dem Reichstage von dem Resultat dieser Prüfung Mittheilung zu machen“, wird fortgesetzt.

Abg. v. Schallcha (Centr.) wendet sich zunächst gegen die gefürchteten Ausführungen Woermanns, die er zu widerlegen sucht. Staatssekretär v. Burchard sagte gestern, die hochwichtige Währungsfrage sei ein Gegenstand steter Sorge der Regierungen. Wenn man von dieser Sorge nur auch einmal etwas merkt! Er sagte weiter, bis jetzt sei noch von keiner Regierung eine Anregung in der Währungsfrage erfolgt. Nun, es ist ja bekannt, daß der Bundesrat den Reichskanzler so sehr mit Initiativanträgen überschwemmt, daß der alte Herr nicht mehr aus noch ein weiß! (Heiterkeit.) Da wird wohl für einen Antrag in der Währungsfrage nicht mehr Raum gewesen sein! Die Rede des preußischen Finanzministers im Abgeordnetenhaus habe ich mit Trauer vernommen. Dr. v. Scholz thut sich etwas darauf zu gute, daß er eine Mahnung habe ergeben zu lassen, die Überproduktion einzuschränken. Aber wie sie aus der Welt zu schaffen ist, davon sagt er uns kein Wort. Er kann es von seinem Standpunkt auch gar nicht. Denn in Wahrheit ist die Überproduktion wesentlich die Folge der Entwertung der Produkte, und diese wiederum die Folge der Goldwährung. Mit Befriedigung erfüllt es ihn, daß in Deutschland 1885 für über 1000 Mill. M. neue Kapitalsanlagen stattgefunden haben. Das klingt sehr schön. Die Herren, die nur immer das Wort „national“ im Munde führen, seien vielleicht nur darauf, daß jetzt eine Milliarde Kapital mehr in Deutschland vorhanden ist, und fragen nicht, in wessen Tasche es geslossen und woher es gekommen ist. Jene Verschiebung des Wohlstandes ist für die zahlreichen Personen sehr bedenklich gewesen, deren Tasche eine Expropriation erfahren hat, nicht auf Grund des Enteignungsgesetzes, sondern der Goldwährung. Die Folgen dieser Verschiebung zeigt die stetige, rapide Zunahme des Proletariats, und diese Vermehrung der Nichtsteuerzahler ist dem Finanzminister die Urache großer Vernichtung! (Sehr gut! im Centrum.) Unser Nationalvermögen hat sich in demselben Maße verringert, als der Wert des Silbers im Verhältniß zu dem des Goldes zurückgegangen ist. Redner führt sodann die Notizage der Landwirtschaft auf die Goldwährung zurück und bestreitet die neuliche Behauptung Bambergers, als ob die Löhne der ländlichen Arbeiter bei einer Rückkehr zur Doppelwährung reduziert werden könnten. Ich zweifele nicht, daß der Erfolg der von uns beantragten Untersuchung meine Ansichten nur bestätigen wird. (Beifall im Centrum.)

Geh. Rath Schraut: Ich habe bereits im vorigen Jahre die Bitte ausgesprochen, es möchte trotz der vollen Freiheit der Diskussion der Fehler einer allzu pessimistischen Färbung unseres thatsächlichen Münzumlaufs vermieden werden. (Sehr richtig!) Wenn der Vorredner in dieser Beziehung bemerkte, daß wir zur Zeit nur höchstens zwei Milliarden Baargeld hätten, wovon die Hälfte aus unterwertigem Silber, die andere Hälfte aus Gold bestände, so ist dies nicht zutreffend. Es sind ausgeprägt worden annähernd an 2 Milliarden Mt. Gold,

wovon nach den Schätzungen bimetallistischer Schriftsteller zur Zeit jedenfalls noch 1700 Mill. Mt. Gold im Umlauf sind. (Burk: Mindestens!) Andere Schätzungen gehen höher — ich halte mich in dieser Beziehung an den bedeutendsten bimetallistischen Schriftsteller Ottomar Haupt. Auch 1885 ist uns Gold reichlich zugeschlossen, indem die Reichsbank in der Lage war, den Betrag von 126 Millionen Mark Gold anzukaufen. Der Silberumlauf beträgt ungefähr 900 Mill. M. Daraus ist jedoch kein besonderer Werth zu legen. Der Vorredner sagte ferner, zwei Berliner Bankhäuser ließen in der Schweiz für ihre Rechnung Thaler ausprägen, welche sie sodann nach Deutschland einführten und dort in Verkehr setzten, um aus der Höheverthung der Thaler in Deutschland gegenüber ihrem wirklichen Silberwerthe für sich einen verbrecherischen Gewinn zu ziehen. Die Regierung hat der Frage, ob unsere Silbermünzen nachgeprägt werden, unangesezt ihre volle Aufmerksamkeit zu Theil werden lassen, es liegen indessen keine Anhaltspunkte dafür vor, daß solche als Münzverbrechen zu charakterisirende Nachprägungen stattfinden. Bis zur Angabe des näheren Beweismaterials muß ich in Folge dessen diese Thattheile direct betreiten, und ich glaube, daß der Vorredner wohl angeföhrt der schweren Schädigung, welche für unseren Münzumlauf aus solchen Nachprägungen erwachsen könnte, die Verpflichtung fühlen wird, der Regierung das Material, welches er in dieser Angelegenheit hat (große Heiterkeit), zur Verfügung zu stellen. (Sehr gut! Beifall.)

Abg. Lohren (Reichsp.): Meine wirthschaftlichen Freunde haben es mir verdacht, daß ich mich auf die Seite der Goldwährung gestellt habe. Wie könnte ich eine Sache für gut halten, welche von Manchestermännern, Leuten wie Bamberger und Delbrück, ausgegangen sei? Ich habe deshalb das Wort genommen, um den Schein vor dem Lande zu beseitigen, als ob nur der Abg. Bamberger ein Wort für die Goldwährung eingelegt habe. Die Prophezeiungen der Bimetallisten sind sämmtlich nicht in Erfüllung gegangen; der Silberwerth ist nicht gesunken, die Reichsbank hat nicht durch Anziehen der Discontschraube das nötige Gold zur Deckung ihrer Noten heranziehen müssen, der Discount ist von 4½ auf 3½ p.C. gesunken. Es befinden sich 5 Mill. M. Metall mehr in der Bank, als Noten circuliren. Überall hat eine Zinsreduction stattgefunden, Communal- und Staatsanleihen werden convertirt, die Steuern ermäßigt. (Widerspruch.) Dadurch, daß der Staat weniger Busen für Anleihen zu zahlen hat, braucht er weniger Steuern. Die gesamte Silberproduktion beträgt 2 800 000 Kilo; nach dem alten Silberpreis würde der Silberproduzenten jährlich 114 Mill. Thl. mehr zugeführt als jetzt. Das ist doch ein sehr erhebliches Interesse! Von einer viel wichtigeren und größeren Interessengruppe ist bisher niemals die Rede gewesen: es sind das die Besitzer der auf Silberzinsen laufenden Werthpapiere, deren Werth in Europa, Mexico, Amerika und Indien sich auf Milliarden beläuft. Durch die Rehabilitation des Silbers würden z. B. den Besitzern österreichischer auf Silberzinsen ausgestellter Effecten ein Cursgewinn von 20 p.C. zuwachsen. Das allein bedeutet 3—400 Millionen Gulden. Die Differenz haben aber ganz andere Leute verloren, als die Käufer von heute. Ich nehme es aber diesen Leuten gar nicht abel, wenn sie Himmel und Erde in Bewegung setzen, um diesen Gewinn zu erzielen. Ein dritte Gruppe sind die Besitzer der Jahrhunderte

lang aufgespeicherten Silberbarren und Münzen. Ich frage nun die Bimetallisten, warum sprechen Sie so wenig von allen diesen Interessen? Rennen Sie sie nicht? Das wäre doch auffallend! Warum ziehen sie bloß secundäre Interessen in die Agitation? Der Schwindel an allen Börsen der Welt, welche mit Silber handeln, müßte mindestens ebenso groß werden, wie nach dem französischen Kriege, wenn das Silber in seine alten Rechte einztrate. Wollen Sie diesen Schwindel oder nicht? Darauf müssen wir Antwort haben. Von allen diesen Dingen braucht ja der Bauer nichts zu erfahren, und man macht ihm bang mit dem Gespenst der indischen Weizenpreise. Diese haben mit dem Silberpreise gar nichts zu thun. Seit 1881 ist der Preis des Silbers nur um 7 Proc. der des Weizens um 25 Proc. der des Roggens um 29 Proc. der des Kupfers um 24 Proc. der der Heringe um 22 Prozent gesunken. Auch solche Waren sind im Preise gefallen, welche aus Silberländern garnicht zu uns kommen, sondern in den theueren Goldländern ganz allein producirt werden. Von den Goldländern ist der Weizenimport stärker, als aus Indien mit seiner Silberwährung und seinen Sklavenlöhnen. Der gesamte Welthandel basirt auf der Goldwährung. Das mag man befragen, aber es ist nicht aus der Welt zu bringen. Wir würden den ganzen Außenhandel Deutschlands aufs äußerste gefährden, wenn wir die Goldwährung aufzäben. Es ist kein Wunder, daß England die Doppelwährung für andere Staaten wünscht, nur nicht für sich. Es könnte damit die ihm unbequeme Concurrenz aus dem Felde schlagen. Darum muß ich das ganze Vorgehen der Bimetallisten für eine internationale Doppelwährung nur aus tiefstem Herzen beklagen. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): will auf die Angriffe eines Freundes Lohren nicht eingehen, sondern sich legen den Minister v. Scholz aussprechen, dessen Rede im Abgeordnetenhaus eine Blumenlese aus Reden Bambergers gewesen sei. Redner sucht ja unter großer Heiterkeit des Hauses an einer Reihe von Punkten nachzuweisen und vertheidigt dann die Landwirthe und die landwirtschaftlichen Vereine gegen den Vorwurf, daß sie von der Währungsfrage nichts verstanden. Die Notb ist eine große Lehrmeisterin, die Agitation für den Bimetallismus wird daher wachsen und bald nicht mehr allein von landwirtschaftlichen, sondern bald auch von industriellen Kreisen betrieben werden. Die vom Finanzminister gewünschte Abnahme der Agitation können wir ihm nicht auslagen. Die Erfolge unserer Zollpolitik werden paralytiert und aufgehoben durch die lähmende Wirkung der Goldwährung, in deren Folge Industrie und Landwirtschaft gesunken sind, so daß auch unsere Staatsseisenbahnen hinter den finanziellen Erwartungen durchaus zurückgeblieben sind. Durch das Achten des Silbers haben wir das allmähliche Steigen der Preise sloblich abgebrochen und sind dadurch zu der wirtschaftlichen Depression gekommen. Der Reichskanzler sagt jetzt zwar noch, man solle ihn mit der Währungsfrage versöhnen, er habe Wichtigeres zu thun — ich hoffe aber, gegenüber dem allgemeinen Notthöhe wird er nicht mehr lange seine Zurückhaltung bewahren wollen. (Beifall rechts.)

Abg. Auer (Soc.): Nicht die Frage, ob genügend Gold vorhanden ist, ob die Doppelwährung mit oder ohne England eingeführt werden soll, auch der indische Weizen hat uns nicht veranlaßt, das Wort zu nehmen,

sondern allein der Umstand, daß der Bimetallismus die Preise steigern soll. Darin liegt eine Gefahr für die Arbeiter; denn eine Erhöhung der Preise vermindert den Lohn, damit die Consumfähigkeit der Arbeiter und schließlich die Production. (Redner verliest darauf eine pathetische Aeußerung Adolf Wagners für die Reichsgoldwährung.) Wer damals Hrn. Wagner widersprochen hätte, der wäre ein Reichsfeind genannt worden. Wer heute dem Bimetallisten Wagner widerspricht, der ist ein Landesverrath. (Beifall und Heiterkeit links.)

Abg. Bamberger: Mir war lange Zeit nicht so heiter zu Muthe, wie bei der heutigen Debatte. Vor kaum drei Wochen hat die ganze bimetallistische Presse angekündigt, jetzt sollte sie gegen Hrn. v. Scholz im Sturmschritt vorgehen und einen internationalen Währungsvertrag vorlegen. Jetzt bequemen sich die Herren dazu, einen Vorschlag zu machen, von dem ich mich wirklich fragen muß, war es richtig, den Reichstag mit einer solchen Aufgabe zu beschäftigen? Hrn. v. Heldorf hielt uns eine Strafpredigt darüber, daß wir die Zeit des Hauses nicht genug respektieren. Jetzt lesen Sie seinen Namen unter diesem Antrag, den ja schließlich jeder annehmen kann aus beiden Lagern. Sie erinnern mich an die Leute, welche im Winter ihren Freunden erzählen, sie wollten im Sommer eine große Reise machen, dann aber kein Geld haben, sich in das Hinterzimmer oder in den Keller schleien und verbreiten lassen, sie seien abgereist. Hrn. v. Kardorff hat nach der grausamen Behandlung die er durch Hrn. v. Scholz erfahren hat, versucht diesen an den Pranger zu stellen — ich bin nämlich der Pranger — (Heiterkeit), indem er eine Menge von Aeußerungen nachwies, die mit Aeußerungen von mir übereinstimmen. Ist es nicht ganz natürlich, daß, wenn zwei verständige Menschen weniger verständige Aeußerungen hören, sie auf dieselbe Re�it kommen? So kam es, daß wir beide übereinstimmend die Bimetallisten aufforderten, einen fest formulierte Vertrag uns vorzulegen. Hrn. Kardorff appelliert jetzt vom Landtag an den Reichstag. Das ist ja ganz gegen die neueste Politik, die er kürzlich vertheidigt hat, als er uns belehren wollte, daß wir selbst schuld daran wären, daß der Reichstag gegenüber dem Landtag zurückgetreten sei. Herr v. Kardorff! Herr v. Kardorff! (Große Heiterkeit.) Sie sind auf einer schiefen Ebene zum Reichsfeind hinunterzusinken (Große Heiterkeit). Sie sagen heute der Regierung, sie solle noch erst mal etwas lernen, das ist der Sinn Ihres Antrages. Und in kurzem wollen Sie revidiren, wie weit sie es gebracht. Und einen solchen Antrag stellen die Conservativen, die sonst für Alles schwärmen, was von der Regierung kommt, für Landesverrath halten, was sich ihr entgegenstellt! Achthundert Bauernvereine haben auf Ihre Anträge erklärt, man müsse schnell zum Bimetallismus übergehen. Diese sind also nach Ihrer Ansicht völlig ausgebildet, die brauchen nichts mehr zu lernen; aber die dumme Regierung, die weiß nichts! (Große Heiterkeit.) Welches Mitglied der Regierung soll denn überhaupt die Frage näher prüfen? Haben Sie etwa gar den schrecklichen Gedanken, der Reichskanzler müsse noch etwas lernen? (Sturmische Heiterkeit.) Das grenzt doch beinahe an Hochverrath. Ich glaube ja, daß der Reichskanzler, wenn er auf Ihre Seite trate, unter gutes Münzsystem zerstören könnte, aber einen dauerhaften internationalen Vertrag kann er nicht zu Stande bringen, und er ist klug und gewissenhaft genug, dies einzusehen. Deshalb wird er Ihren bedenklichen Vorschlägen nicht folgen,

Ist es ferner nicht eigenhümlich, daß gestern gerade aus Paris eine Depesche kam, wonach Dr. v. Soubeiran in der französischen Kammer beantragt hat, die dortige Regierung möchte einen internationalen Doppelwährungs-Vertrag abzuschließen versuchen? Gleichzeitig wurde uns hier der Antrag Huene eingebracht. Ich bin ein zu kommes Gemüth, um an Zufall zu glauben. Jenes Zusammentreffen der französischen und unserer Anträge ist doch wohl nur berechnet auf Amerika, wo der Kampf um das Silber jetzt lebhafter entbrannt ist als jemals. Der heutige Antrag hat auch den Zweck, so harmlos er aussieht, wenn er angenommen wird, einen großen Lärm in der bimetallistischen Presse zu bewirken über einen angeblichen Erfolg der bimetallistischen Sache. (Sehr richtig! links.) Das internationale Telegraphenbureau hat andererseits die neuliche Erklärung des Herrn v. Scholz in einer solchen Weise nach London telegraphiert, daß dabei vollständig aus weiß st. warz gemacht war. (Hört! hört!) Wenn die Bimetallisten durch Monomünterei siegen könnten, so müßte das schon längst geschehen sein. Meine Meinung ist freilich, daß die Herren, auch wenn dieser Antrag angenommen wird, in Wirklichkeit einen ganz entschiedenen Rückgang angetreten haben. Auch in Paris ist es nicht besser gegangen; auch der französische Minister hat die von Soubeiran beantragte neue Münzkonferenz für aussichtslos erklärt. Was soll man im Auslande davon denken, daß man bei uns, die wir in geordneten Münzverhältnissen leben, gerade die unschuldigsten Volkskreise in eine wüste Agitation hineinstürzt gegen unsere Münzverfassung? Dergleichen ist in Frankreich und Amerika niemals vorgekommen, und es macht das dem deutschen Volksgeist keine Ehre. Die einfließigen landwirtschaftlichen Kreise denken durchaus nicht so wie die Bauernvereine; der hiesige landwirtschaftliche Verein z. B. hat in seiner Mehrheit die Frage für zum mindesten nicht spruchreif erklärt. Lassen Sie doch einmal Ihre Agitation ein paar Monate pausieren; sie trägt es jetzt zu deutlich an der Stirn, daß sie darauf berechnet ist, nicht mit der Wucht guter Argumente, sondern mit einer Prise von außen auf einen hohen Machtspruch hinzuwirken. (Sehr richtig! links.) Redner geht sodann auf die angeblich in Folge der Goldwährung stattgehabten Preisschwankungen näher ein, bemerkt, daß die statistischen Angaben der Gegner durchaus tendenziös und unzuverlässig ausgewählt seien. Wenn Sie nicht Scheuklappen vor den Augen haben, müssen Sie auch sehen, daß die deutschen Credit- und Münzverhältnisse noch nie so glänzend waren wie heute. Die französische Bank hat über 2% Mal so viel Bestand an Noten wie an Gold; die deutsche Reichsbank hat noch nicht einmal das Doppelte an Noten wie an Gold. Von dem früher uns immer vorgehaltenen angeblichen Abschluß des Goldes nach Amerika spricht heut Niemand mehr; im Gegenteil, von Amerika kommt das Gold zu uns. Die Herren Landwirthe, die für Doppelwährung schwärmen, erinnere ich aufs Neue: Sie können die Landwirtschaft nicht tiefer schädigen, als wenn Sie am Credithystem des Landes rütteln. Dadurch aber, daß Sie schlechtes Geld einführen, verschlechtern Sie den Credit des Landes und werden höhere Zinsen bezahlen müssen als zur Zeit, wo der Zinsfuß noch immer im Sinken begriffen ist. Für mich, für Deutschland, für die Welt ist bei diesem Antrage nur wichtig, daß wir constatiren können: Herr von Kardorf und seine Anhänger haben vor drei Wochen noch angekündigt, sie wollten den Entwurf eines internationalen Doppelwährungs-Antrages vorbringen. Seitdem haben Sie sich aber auf den Weg zu diesem Antrag Huene begeben. Heute vielleicht erreichen Sie den Hof mit Müh und Not; aber in Ihren Armen das Kind ist tot. (Heiterkeit und lebhafter Beifall links.)

Trotzdem nach dieser Rede mehrfache Rufe nach Schluß laut werden, entscheidet sich eine kleine aus den Conservativen und dem Centrum bestehende Mehrheit für die Vertagung der Debatte.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

## Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 10. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco 150,00—155,00. Roggen loco fest, mecklenburgischer loco 135—142, russischer loco fest, 102—106. — Hafer und Gerste ruhig. — Rübbel ruhig, loco 42%. — Spiritus fest, vor Februar 27 Br., vor April-Mai 27 Br., vor Juli-August 28 Br., vor August-September 29 Br. — Kaffee still, Umsatz 2000 Sac. — Petroleum matt, Standard white loco 7,25 Br., 7,20 Gd., vor Februar 7,05 Gd., vor August-Dezember 7,30 Gd. — Wetter: Milder.

Bremen, 10. Februar. (Schlußbericht) Petroleum ruhig. Standard white loco 7,00 bez. u. Br.

Wien, 10. Februar. (Schluß-Courte.) Oesterl. Papierrente 84,45, 5% österr. Papierrente 102,00, österr. Silberrente 84,75, österr. Goldrente 113,30, 4% ungar. Goldrente 102,17%, 5% Papierrente 93,30, 1864er Loope 128,20, 1860er Loope 140,25, 1864er Loope 171,75, Creditanstalt 177,75, ungar. Prudentielo 118,50, Creditanstalt 29,40, Franzosen 264,20, Lomb. 131,25, Galizier 171,75, Paribus 162,25, Nordwestbahn 169,00, Elbthalbahn 158,75, Elbthalbahn 244,25, Kronprinz-Rudolfsbahn 189,50, Nordbahn 2300,00, Unionbank 76,30, Anglo-Austr. 114,60, Wiener Sanierer 110,50, ungar. Creditanstalt 306,00, Deutsche Bläue 61,90, Londoner Wechsel 126,30, Pariser Wechsel 50,20, Amsterdamer Wechsel 104,80, Napoleon 10,02%, Dolaten 5,92, Marknoten 61,90, Russische Banknoten 1,23%, Silbercoupons 100, Trainwachactien 204,50, Tabaksactien 81,00, Länderbank 114,60, Lemberg-Garnowitz-Fassb-Eisenbahn 233,00.

Amsterdam, 10. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen auf Termine höher, vor März 20, vor Mai —. — Roggen loco unverändert, auf Termine nicht so wie die Bauernvereine; der hiesige landwirtschaftliche Verein z. B. hat in seiner Mehrheit die Frage für zum mindesten nicht spruchreif erklärt. Lassen Sie doch einmal Ihre Agitation ein paar Monate pausieren; sie trägt es jetzt zu deutlich an der Stirn, daß sie darauf berechnet ist, nicht mit der Wucht guter Argumente, sondern mit einer Prise von außen auf einen hohen Machtspruch hinzuwirken. (Sehr richtig! links.) Redner geht sodann auf die angeblich in Folge der Goldwährung stattgehabten Preisschwankungen näher ein, bemerkt, daß die statistischen Angaben der Gegner durchaus tendenziös und unzuverlässig ausgewählt seien. Wenn Sie nicht Scheuklappen vor den Augen haben, müssen Sie auch sehen, daß die deutschen Credit- und Münzverhältnisse noch nie so glänzend waren wie heute.

Die französische Bank hat über 2% Mal so viel Bestand an Noten wie an Gold; die deutsche Reichsbank hat noch nicht einmal das Doppelte an Noten wie an Gold. Von dem früher uns immer vorgehaltenen angeblichen Abschluß des Goldes nach Amerika spricht heut Niemand mehr; im Gegenteil, von Amerika kommt das Gold zu uns. Die Herren Landwirthe, die für Doppelwährung schwärmen, erinnere ich aufs Neue: Sie können die Landwirtschaft nicht tiefer schädigen, als wenn Sie am Credithystem des Landes rütteln. Dadurch aber, daß Sie schlechtes Geld einführen, verschlechtern Sie den Credit des Landes und werden höhere Zinsen bezahlen müssen als zur Zeit, wo der Zinsfuß noch immer im Sinken begriffen ist. Für mich, für Deutschland, für die Welt ist bei diesem Antrage nur wichtig, daß wir constatiren können: Herr von Kardorf und seine Anhänger haben vor drei Wochen noch angekündigt, sie wollten den Entwurf eines internationalen Doppelwährungs-Antrages vorbringen. Seitdem haben Sie sich aber auf den Weg zu diesem Antrag Huene begeben.

Heute vielleicht erreichen Sie den Hof mit Müh und Not; aber in Ihren Armen das Kind ist tot. (Heiterkeit und lebhafter Beifall links.)

London, 10. Februar. Consols 100%, 4% preußische Consols 103%, 5% italienische Rente 97, Lombardische Rente 1871 99, 5% Russen de 18 98%, 5% Russen de 1873 98%, Convert Turken 14, 4% und Amerikaner 126%. Oesterl. Silberrente: 6% Oesterl. Goldrente 89%, 4% ungar. Goldrente 81%, Neu Spanier 56%, Itali. Aegypten 64%, Neu Aegypten 98%, Ottomanbank 9%, Suecactien 8%, Canada Pacific 66%. Silber — Plaza discount 1 1/2 %.

London, 10. Februar. An der Börse angekotzt 4 Weizenladungen — Wetter: Frost.

London, 10. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 429, Gerste 2150, Hafer 6580 Orts. Nebel hinderte den Geschäft, Weizen stetig, übrige Artikel fest.

Liverpool, 10. Februar. Baumwolle. (Schlußbericht)

Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaner stetig. Surats ruhig, Middl. amerikanische Lieferung: März-April 47% u. Veräußerungspreis.

Kempton, 9. Februar. (Schluß-Courte.) Wechsel auf Berlin 95%, Wechsel auf London 4,87, Cable Transfers 4,89%, Wechsel auf Paris 5,17%, 4% französisches Kreditlinie von 1877 124%. Erie-Bahn-Actien 27, New Yorker Central-Actien 106%, Chicago-North-Western Actien 110%, Lake-Shore-Actien 89%, Central-Pacific-Actien 42%, Northern Pacific-Preferred-Actien 60%, Louisville und Nashville-Actien 41%, Union Pacific-Actien 53%, Chicago Union u. St. Paul-Actien 93%, Reading u. Philadelphia-Actien 21 1/2, Wabash-Preferred-Actien 20, Illinois Central-Actien 143, Erie-Second-Bonds 81%, Canada-Pacific-Eisenbahn-Actien 64%, Waarenbericht. Baumwolle in New York 9%, do. in New Orleans 8%. raff. Petroleum 70 % Abel Test in New York 7 1/2 Gd., do. do. in Philadelphia 7 1/4 Gd., rohes Petroleum in New York 6%, do. Pipe line Certificates — D. 77% G. — Mais (New) 50%. — Zucker (Fair refining Muscovadoes) 5,27%. — Kaffee (fair Rio) 8,10, — Schmalz (Wilcox) 6,75, do. Fairbanks 6,60, do. Nobe und Brothers 6,70, Sved 5%. Getreidefracht 2 1/2.

Newport, 10. Februar. Wechsel auf London 4,87.

Noire Weizen loco 0,91%, vor Februar 0,91%, vor März 0,91%, vor April 0,92%. Weiß loco 3,25, Mais 0,50%, Fracht 2 1/2 d. Zucker (Fair refining Muscovadoes) 5,27%.

## Productenmärkte.

Königsberg, 10. Februar. (v. Portatius u. Große.) Weizen vor 1000 Kilo hochbunter 122 Br. 141,25, 124/5% 143,50, 129 Br. 148,25, 130 Br. 153 M. bez., roher 127 Br. 154, 129/30 Br. 155,25 M. bez. — Roggen vor 1000 Kilo inländ. 112 Br. 108,75, 116 Br. 114,25, 118 Br. 117,50, 120 Br. 120 M. bez. — Gerste vor 1000 Kilo große 108,50, 114,25, 122,25, russ. 102,75 M. bez. — Hafer vor 1000 Kilo late 108, 110, 112, 115,50, 116, 118 M. bez. — Erbsen vor 1000 Kilo grüne 133,25 M. bez. — Wicken vor 1000 Kilo 111, 120, 122,25 M. bez. — Kleesaat weiße 27, 35, 40 M. bez. — Thymotheum vor 50 Kilo 16,50, 17, 18,50, 19,50, 20, 21 M. bez. — Spiritus vor 10000 Liter 2% ohne Faz. loco 36 1/2 M. Gd. vor Februar 36 1/2 M. Gd., vor März 28 M. Br., vor Frühjahr 37 1/2 M. Gd., vor Mai-Juni 39 M. Br., vor Juni 39 1/2 M. Gd., vor Juli 40 1/2 M. Gd., vor August 40 1/2 M. Gd., vor Sept. 41 1/2 M. Gd. — Die Notierungen für russisches Getreide gelten transito.

Ciettin, 10. Februar. Getreidemarkt. Weizen matt, loco 133,00—152,00 M., vor April-Mai 154,50, vor Mai-Juni 156,50. — Roggen matt, loco 122—130, vor April-Mai 133,50, vor Mai-Juni 134,00. — Rübbel geschäftslös, vor April-Mai 43,50, vor Sept.-Oktbr. 45,50 — Spirits behbt., loco 36,00, vor April-Mai 37,30, vor Juni-Juli 38,70, vor Juli-August 39,40. — Petroleum loco versteuert, Ukraine 1 1/2 Tari 12,00.

Berlin, 10. Februar. Weizen loco 140—162 M., vor April-Mai 151 1/2—151—151 1/2 M., vor Mai-Juni 153 1/2—153 1/2 M., vor Juni-Juli 156—156 1/2 M., vor Juli-August 158 M., vor September-Oktbr. 161 1/2 M. — Roggen loco 127—135 M., guter inländ. M., feiner inländischer 133 M. ab Bahn, vor April-Mai 135—134 1/2—135 M., vor Mai-Juni 135 1/2—135 1/2—135 1/2 M., vor Juni-Juli 136 1/2—136 1/2—136 1/2 M., vor Juli-Aug. — M., vor Sept.-Oktbr. 139 1/2 M. — Hafer loco 123—160 M. ost- und westpreuß. 125—135 M. pommerisch und sachsenländischer 132—139 M. schlesischer und böhmischer 133—143 M. feiner schlesischer, mährischer und böhmischer 144 bis 156 M. russischer 125—127 M. ab Bahn, vor April-Mai 126 1/2 M., vor Mai-Juni 128 1/2 M., vor Juni-Juli 129 1/2 M. — Gerste loco 108 bis 175 M. — Weizen loco 116—126 M., vor Febr. — M., vor April-Mai 108 M., vor Mai-Juni 108 M., vor Sept.-Okt. 110 M. — Kartoffelmehl loco — M., vor Februar 15,50 M., vor Februar-März 15,50 M., vor April-Mai 15,50 M., vor

Juli-August — M. — Trockene Kartoffelmehl loco — M., vor Febr. 15,50 M., vor Febr.-März 15,50 M., vor April-Mai 15,80 M. — Feuchte Kartoffelmehl loco 8,00 M. — Erbsen loco vor 1000 Kilogramm Butterware 180—140 M. Kochware 150—200 M. — Weizenmehl Nr. 00 21,75 bis 20,00 M., Nr. 0 20,00 bis 19,00 M. — Roggenmehl Nr. 0 19,75 bis 18,75 M., Nr. 0 18,25 bis 17,00 M. ff. Marken 19,80 M., vor Februar 18,25 M., vor Februar-März 18,25 M., vor März-April 18,25 M., vor April-Mai 18,25—18,30 M., vor Mai-Juni 18,35—18,40 M., vor Juni-Juli 18,50 M. — Rübbel loco ohne Faz. 43,5 M., vor April-Mai 43,9 M., vor Mai-Juni 44—44,1 M., vor Sept.-Oktbr. 45,8 M.— Petroleum loco — M. — Spiritus loco ohne Faz. 37,3—37,1 M., vor Februar 37,8—37,7 M., vor Februar-März 37,8—37,7 M., vor April-Mai 38,5—38,8—38,4 M., vor Mai-Juni 38,8—38,7 M., vor Juni-Juli 39,7—39,5 M., vor Juli-August 40,6—40,4 M., vor August-Septbr. 41,3—41—41,1 M.

Magdeburg, 10. Februar. Buderbericht. Kornzucker, excl. von 96% 24,00 M., Kornzucker, excl., 88% Rendem. 22,60 M., Nachprodukte, excl., 75% Rendem. 20,30 M. Fest. — Gem. Raffinade mit Faz. 28,00 M., gem. Meliss I. mit Faz. 26,75 M. Fest.

## Danziger Mehlpulpe.

Preisnotierungen der Großen Mühle, H. Bartels und Comp., vom 11. Februar.

Weizenmehl vor 50 Kilogr. Kaisermehl 17,00 M. — Extra superfine Nr. 000 13,00 M. — Superfine Nr. 00 11,00 M. — Fine Nr. 1 9,50 M. — Fine Nr. 2 8,00 M. — Mehlabfall oder Schwarzmehl 5,20 M. — Roggenmehl vor 50 Kilogr. Extra superfine Nr. 00 11,40 M. — Superfine Nr. 0 10,40 M. — Mischung Nr. 0 und 1 9,40 M. — Fine Nr. 1 8,10 M. — Fine Nr. 2 6,80 M. — Schrotmehl 7,40 M. — Mehlabfall oder Schwarzmehl 5,40 M. — Kleien vor 50 Kilogr. Weizenkleie 4,00 M. — Roggenkleie 4,20 M. — Graupenabfall 6,00 M. — Graupen vor 50 Kilogr. Perlgraupe 21,50 M. — Feine mittel 17,50 M. — Mittel 14,00 M. — Ordinäre 12,50 M.

Gruhen vor 50 Kilogr. Weizengrütze 16,00 M. — Gerstengrütze Nr. 1 16,00 M., Nr. 2 14,00 M., Nr. 3 12,50 M. — Hafergrütze 15,50 M.

## Fremde.

Hotel de St. Petersburg. Hach a. Berlin, Preuß. a. Neuteich, Fabian a. Berlin, Krause a. Berlin, Rosenfeld a. Grodno, Olschinski a. Breslau, Rosenberg aus Gera, Hartmann a. Mainz, Kaufleute. Österreich aus Graudenz, Gutsbesitzer.

Walters Hotel. Bentner a. Bromberg, Präsident der General-Commission. Kanter a. Marienwerder, Hofbuchdruckereibesitzer. Dr. Wellenberg a. Braunsberg, Arzt. Belling a. Hohenkrug, Fäger a. Königsberg, Schuster a. Württemberg, Löwenthal a. Mewe, Levy a. Berlin, Windsch a. Leipzig, Diagel a. Mainz, Kaufleute.

Hotel du Nord. von Aierswald a. Faulen, Landrath. Damm a. Berlin, Claassen und Gemahlin a. Tiegenhof, Jakob a. Berlin, Hamburger a. Berlin, Eneke a. Magdeburg, Sanza a. Berlin, Michaelis a. Breslau, Hirt a. Coblenz, Frohmann a. Offenbach, Dattel a. Erfurt, Meutling a. Halle, Schwarz a. Herford, Kaufleute.

Hotel de Berlin. Berneler, Rothschild u. Drössler a. Königsberg, Mulzer a. Dresden, Nieland a. Barmen, Schmidt a. Bremen, Bertele a. Eßlingen, Büst a. Heiligenstadt, Friedr. u. Glü a. Frankfurt a. O., Schwan, Mörlins, Sänger, Lemberg, Bergmann, Wolfram, Dir. Nasse u. Pechtl a. Berlin, Kaufleute.

Berantwortliche Redactoren: für den politischen Theil und vermisste Nachrichten: Dr. B. Hermann, — das Feuilleton und literarisch. H. Abrahm, — den lokalen und auswärtigen Handel. Martin-Schell und den übrigen redaktionellen Inhalt: U. Stein, — für den literarischen Theil: W. Schumann, künstlerisch in Danzig.